



Lebensqualität
im ländlichen
Raum




LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Agriculture,
de la Viticulture et de la
Protection des consommateurs

Département du Développement rural

INHALTSVERZEICHNIS

LEBEN IM LÄNDLICHEN RAUM	4
DER LÄNDLICHE RAUM IN LUXEMBURG	6
AUSWAHL DER FÖRDERFÄHIGEN PROJEKTE	8
MAßNAHME 1 : INTEGRIERTE LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, AUSARBEITEN KOMMUNALER ENTWICKLUNGSKONZEPTE - PDC	10
MAßNAHME 2 : DIVERSIFIZIERUNG HIN ZU NICHT-LANDWIRTSCHAFTLICHEN TÄTIGKEITEN	12
MAßNAHME 3 : BERATUNG ZUR UNTERNEHMENSGRÜNDUNG UND BETRIEBSENTWICKLUNG	14
MAßNAHME 4 : FREIZEIT- UND TOURISMUSAKTIVITÄTEN IM LÄNDLICHEN RAUM	16
MAßNAHME 5 : GRUNDVERSORGUNG FÜR DIE LANDBEVÖLKERUNG	18
MAßNAHME 6 : BEWAHREN UND AUFWERTEN DES KULTUR- UND NATURERBES IM LÄNDLICHEN RAUM UND IN DEN DÖRFERN	20
GESETZGEBUNG	22
KONTAKTE	34



Förderprogramm für die Unterstützung zur
nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume

**„Lebensqualität im ländlichen Raum und
Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“**



LEBEN IM LÄNDLICHEN RAUM



Die Politik für die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume für die Periode 2014-2020 wird in der Verordnung (EG) Nr. 1305/2013 des Europäischen Rates beschrieben. Wie bei dem vorhergehenden Programm 2007-2013, legt auch sie einen großen Wert auf die

Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum sowie die Förderung der Diversifizierung der wirtschaftlichen Tätigkeiten. Für diesen strategischen Schwerpunkt wurde ein Finanzierungsanteil auf nationaler Ebene festgesetzt, auch der LEADER-Ansatz wurde wieder als obligatorisches Element in die Politik der nachhaltigen ländlichen Entwicklung integriert.

Auf Basis dieser Vorgaben wurden eine nationale Strategie sowie ein nationales Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes erarbeitet. Um die ökonomischen und sozio-kulturellen Strukturen im ländlichen Raum weiterzuent-

wickeln und zu verbessern, haben wir aus der europäischen Palette eine Reihe von 6 Fördermaßnahmen zusammengestellt, welche unseren nationalen wie regionalen Gegebenheiten am besten angepasst sind.

Neben der Förderung der Landwirtschaft, des Weinbaus und des Gartenbaus sieht das Gesetz unter seinem Titel III auch verstärkt eine Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum sowie die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft vor. Kennzeichnend für den ländlichen Raum Luxemburgs sind die hohe landschaftliche Vielfalt sowie eine ausgeprägte regionale Identität.

Nach den angewandten Prinzipien von Dezentralisierung, Regionalisierung und Einwohnerdichte gelten nunmehr 79 der insgesamt 105 Gemeinden Luxemburgs als „Gemeinden im ländlichen Raum“. Dies entspricht einem Flächenanteil von 82% des luxemburgischen Territoriums mit einem Einwohneranteil von etwa 38% der nationalen Bevölkerung.

Somit können die gesetzlichen Fördermaßnahmen die im Gesetz vom 27. Juni 2016 zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung der ländlichen

Räume unter Titel III, bezüglich der Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum sowie der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft vorgesehen sind, auf den Gebieten der meisten Gemeinden Luxemburgs angewendet werden. Eine detaillierte Karte auf Seite 7 dieser Broschüre gibt einen Überblick über die förderfähigen Gemeinden des Landes.

Diese 6 Fördermaßnahmen werden in der vorliegenden Broschüre im Detail vorgestellt. Neben den Erklärungen in Bezug auf die Förderfähigkeit der einzelnen Projekte, befinden sich im Anhang der Broschüre die entsprechenden Gesetzes- und Verordnungstexte, wie auch eine genaue Beschreibung der Antragsprozeduren und die Angaben der zuständigen Dienststellen und Kontaktpersonen.

Berücksichtigt werden all jene Projekte, die entweder aus der kommunalen Entwicklungsplanung (PDC-Prozess der jeweiligen Gemeinde) oder mindestens aus einer aktiven Bürgerbeteiligung hervorgegangen sind.

Somit stellen die PDC-Konzepte eine wertvolle und unersetzbare Orientierung besonders bei der Umsetzung von öffentlichen Projekten im Rahmen des Förderprogramms zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume dar. Natürlich können aber auch private Projektträger bzw. lokale Vereine über den Weg einer aktiven Bürgerbeteiligung eine Förderung ihres Projektes beantragen.

Wir wünschen allen Projektträgern viel Erfolg bei der aktiven Mitwirkung an den verschiedenen Fördermaßnahmen. Mögen diese Maßnahmen dazu beitragen, die Lebensqualität sowie das wirtschaftliche Potential in den Dörfern und den ländlichen Regionen zu erhalten oder zu verbessern und so den Stellenwert der ländlichen Räume mit ihren Akteuren in unserer Gesellschaft zu stärken.

Fernand Etgen

Minister für Landwirtschaft,
Weinbau und Verbraucherschutz.



DER LÄNDLICHE RAUM IN LUXEMBURG

Das Gesetz vom 27. Juni 2016 zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume strebt in seinem Titel III eine Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum sowie die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft an.

Die ländlichen Räume Luxemburgs sind sowohl von einer hohen landschaftlichen Vielfalt, wie von einer starken regionalen Identität geprägt. Trotz seiner geringen Landesfläche, gelten 82% des luxemburgischen Territoriums als „ländliche Räume“.

Die hohe Lebensqualität auf dem Lande wird von der Bevölkerung sehr geschätzt. Hierdurch liegt der jährliche Einwohnerzuwachs in den ländlichen Regionen, mit über 2% seit den 80iger Jahren, wieder eindeutig im positiven Bereich. Mittlerweile leben mit knapp 193.000 Einwohnern, also etwa 38% der gesamten Bevölkerung in „Gemeinden des ländlichen Raumes“. Der Siedlungsdruck, gerade auf die Landgemeinden, wächst einerseits durch eine verstärkte Mobilität der Landbevölkerung innerhalb der Regionen. Andererseits zeigt der steigende Zuwachs, durch aktuell fast 186.000 berufstätige Einpendler am Tag aus der benachbarten Großregion nach Luxemburg, eindeutige Auswirkungen auf die Arbeitsplatz- wie auf die Einwohnerdichten, auch im ländlichen Raum.

Deshalb bestehen starke Wechselbeziehungen zwischen den städtischen und ländlichen Regionen Luxemburgs. Immer öfter sind „Stadt“ und „Land“

eng miteinander verzahnt; Eigenarten, Gemeinsamkeiten und Gegensätze zerfließen in einer fortschreitenden und zum Teil sehr flächenintensiven Siedlungsentwicklung, besonders in den ländlichen Räumen. Aufgrund dieser Entwicklung strebt das aktuelle nationale Raumordnungsprogramm (PDAT, 2003) die Prinzipien der Dezentralisierung und Regionalisierung an, die eine lokale und regionale Identität der ländlichen Räume stärken sollen. Denn nur eine eigenständige und proaktive Ausrichtung kann die zukünftige, nachhaltige Entwicklung der Dörfer und ländlichen Regionen gewährleisten.

Während der primäre Sektor der Landwirtschaft deutlich rückläufig bleibt, nimmt der tertiäre Sektor der öffentlichen und privaten Dienstleistungen in allen Landesteilen weiter sehr stark zu. Durch die gesteigerte Mobilität der Berufstätigen verzeichnen gerade die ländlichen Regionen, speziell des Nordens, mittlerweile beachtliche lokale Arbeitsplatzdichten von 450 bis 480, bei einem nationalen Durchschnitt von 650 Arbeitsplätzen auf 1.000 Einwohner. Das Bildungs- oder Ausbildungsniveau von jungen Berufstätigen in den ländlichen Regionen unterscheidet sich in der Zwischenzeit kaum mehr von denjenigen aus den städtischen Verdichtungsräumen. Gleichmaßen gilt dies für die gesellschaftlichen, kulturellen sowie freizeithlichen Ansprüche, Initiativen und Aktivitäten in Stadt und Land.

Eine ganzheitliche Strategie zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Regionen bestätigt nicht nur die unverzichtbare Rolle des multifunktionalen Agrarsektors in der ländlichen Wirtschaft, sondern sie stärkt und verbessert zudem den Stellenwert sowie das Gesamtbild der Landwirtschaft, der ländlichen Räume und ihrer Akteure in der Gesellschaft.

So hat sich Luxemburg, aufgrund seiner spezifischen geographischen Lage in der Großregion sowie durch die rezenten starken sozio-ökonomischen Veränderungen, zu einem Raumordnungsmodell entwickelt, das von einer gegenseitigen Abhängigkeit zwischen städtischen und ländlichen Räumen eindeutig geprägt ist.

In Zukunft lassen sich die integrativen und nachhaltigen „Stadt-Land-Beziehungen“ lediglich durch attraktive, multifunktionale Siedlungsmodelle, eine angepasste Mobilität, optimierte Kommunikationstechnologien sowie ein verbessertes, breites Dienstleistungsangebot vor Ort noch weiter steigern.

Nach den Bewertungskriterien der OECD, sowie nach den angewandten Prinzipien von Dezentralisierung und Regionalisierung bei der regionalen Einwohnerverteilung im aktuellen Raumordnungsprogramm (PDAT, 2003), gelten 79 der insgesamt 105 Gemeinden Luxemburgs als „Gemeinden im ländlichen Raum“ und fallen somit unter die





Bestimmungen des Gesetzes vom 27. Juni 2016 zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume.

Die weiteren 26 Gemeinden mit wesentlich höherer Raumverdichtung und mit generell mehr als 4.500 Einwohnern gelten dementsprechend als städtische Zentren bzw. als städtischer Raum des Landesterritoriums. Somit können die 6 Maßnahmen des Entwicklungsprogramms für die ländlichen Räume auch nicht auf den Gebieten dieser 26 städtischen Gemeinden angewandt werden.

Die hier eingefügte Karte gibt einen detaillierten Überblick zu den 79 förderfähigen Gemeinden im ländlichen Raum Luxemburgs.

Zudem informiert die Gemeindekarte über den Stand der kommunalen Entwicklungskonzepte (Gemeinde-Entwicklungspläne: PDC) in den ländlichen Regionen unseres Landes. Aus diesen kommunalen PDC-Planungsprozessen gehen die meisten öffentlichen und kommunalen Projekte als Entwicklungsmaßnahme einer integrierten und nachhaltigen Dorfentwicklung hervor.





AUSWAHL DER FÖRDERFÄHIGEN PROJEKTE

Das Gesetz vom 27. Juni 2016 zur Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume sowie das Großherzogliche Reglement vom 23. Juli 2016 zu den Förderbestimmungen des Entwicklungsschwerpunktes Titel III regeln die Anwendung und die Umsetzung von insgesamt 6 Fördermaßnahmen, mit dem klaren Ziel einer Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung im ländlichen Raum sowie einer Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft.

Zur entsprechenden detaillierten Information über die einzelnen Maßnahmen und Förderbestimmungen, wurden der respektive Gesetzestext sowie die geltenden Ausführungsbestimmungen als Anhang der Broschüre auf den Seiten 22 - 33 aufgenommen.

Die 6 Fördermaßnahmen des Entwicklungsschwerpunktes: „Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“, die nachstehend weiter im Detail vorgestellt werden, richten sich sowohl an öffentliche (kommunale wie regionale), gemeinschaftliche und private Projektträger bzw. Akteure in den 79 Gemeinden im ländlichen Raum Luxemburgs.

Der jeweilige Projektträger reicht einen standardisierten Förderantrag mit den geforderten Projektunterlagen (Pläne, Kostenvoranschläge, entsprechende Genehmigungen, ...) beim Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Verbraucherschutz ein.

Eine eigens ernannte Kommission, „commission des zones rurales“, unter dem Vorsitz des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Verbraucherschutz, mit interministerieller sowie interdisziplinärer Besetzung, überprüft die Förderfähigkeit der eingereichten Projekte, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume.

Auf der Basis des Gutachtens der „commission des zones rurales“ entscheidet der Minister über eine öffentliche Förderung und beschließt die entsprechende finanzielle Unterstützung des definitiven Projektes.

Der öffentliche Fördersatz ist für die 6 Maßnahmen gesetzlich festgelegt und die entsprechenden Fördergelder werden über nationale Budgetmittel abgewickelt.



Um eine möglichst gleichwertige Verteilung der begrenzten Fördermittel innerhalb der ländlichen Räume zu garantieren, wurden für die einzelnen öffentlichen wie privaten Projektträger entsprechende maximale Investitionsgrenzen in den gesetzlichen Bestimmungen festgelegt. Diese werden den jeweiligen Projektträgern im Vorfeld der entsprechenden Förderbewilligung schriftlich vom Minister mitgeteilt.

Dementsprechend wird ebenfalls bei privaten, gewinnbringenden Projekten die spezifische „de minimis“ – Regelung angewandt, d.h. entsprechende Projekte dürfen nicht über die maximale Fördersumme von 200.000 € hinaus, innerhalb von 3 Haushaltsjahren, unterstützt werden.

Die definitive verbindliche Förderzusage der jeweiligen Projekte erfolgt über einen entsprechenden ministeriellen Beschluss und wird dem Antragsteller schriftlich vom zuständigen Minister mitgeteilt.

Je nach Projektausrichtung und –umsetzung, sowie gemäß den budgetären Bestimmungen, können die zugesagten Fördermittel in einem oder mehreren Abschnitten an den Projektträger ausgezahlt werden.



MAßNAHME 1: INTEGRIERTE LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, AUSARBEITEN KOMMUNALER ENTWICKLUNGSKONZEPTE - PDC

ZIEL

Diese Maßnahme unterstützt das Ausarbeiten, das Aktualisieren oder Umsetzen von kommunalen Entwicklungsprozessen im Rahmen der PDC-Planung (Plan de développement communal – Gemeinde-Entwicklungsplan).

Die jeweilige Gemeinde vergibt den PDC-Planungsauftrag an ein interdisziplinär aufgestelltes Planungsteam ihrer Wahl.

Leistungsumfang und Planungsablauf sind in einem verbindlichen Vertragsmodell sowie in einem detaillierten Lastenheft mit den Leistungsbeschreibungen definiert.

Gemäß einer für jede Gemeinde spezifischen Aufgabenklärung, erstellt die kommunale Prozessplanung – PDC zuerst ein detailliertes Inventar zu den 4 Entwicklungsschwerpunkten in der Gemeinde:

- Wohnen und Wohnumfeld, Architektur und Urbanismus
- Sozio-ökonomische Aktivitäten und öffentliche Versorgung im regionalen/nationalen Umfeld
- Natürliche und humane Umwelt, Siedlungsökologie und Biodiversität

- Sozio-kulturelles Umfeld, Freizeitaktivitäten, Kultur, Bildung und dörfliche Identität

Aus einer anschließenden Stärken-/Schwächen- und Chancen-/Gefahren-Analyse (SWOT) werden weiter im PDC-Prozess Entwicklungsstrategien abgeleitet und schließlich ein Maßnahmen-Katalog mit zeitlichen und räumlichen Prioritäten festgelegt.

Der PDC-Prozess ist demnach ein integrierter, nachhaltiger und partizipativer Planungsansatz, der zur Stärkung der ländlichen Räume sowie zur Verbesserung der Lebensqualität bei der Landbevölkerung beitragen soll.

Er beruht auf einer möglichst breiten Abstimmung und Unterstützung der kommunalen Verantwortlichen und der beauftragten Fachplanern mit den verschiedenen Akteuren aus der Bürgerschaft und der Zivilgesellschaft in der Gemeinde.

Eine weitere Zielsetzung der integrierten PDC-Prozessplanung ist es, die spezifische ländliche Identität sowie die Charakteristiken des dörflichen Gefüges zu bewahren oder wiederherzustellen.

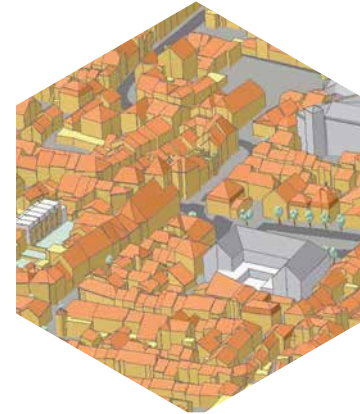
Die Ergebnisse der PDC-Prozessplanung werden im Gemeinderat abgestimmt und durch einen Gemeinderatsbeschluss festgeschrieben.

BEISPIELE

- Ausarbeiten, Aktualisieren und Umsetzen der kommunalen Entwicklungsplanung PDC - Gemeinde-Entwicklungspläne und kommunale Entwicklungskonzepte
- Fachliche Begleitung oder Leitung von Initiativen und Prozessen der aktiven Bürgerbeteiligung im Rahmen der kommunalen Entwicklungsplanung, wie etwa: Diskussionsforen, thematische Arbeitskreise, öffentliche Umfragen, Ideenwerkstätten und Dorfateliers
- Erhalten, Fördern und Neubeleben von Initiativen und Aktivitäten zur Stärkung der ländlichen Identität im Rahmen von Vereinsinitiativen, Dorffestivals oder Kulturevents

BEGÜNSTIGTE

- Gemeinden im ländlichen Raum
- Interkommunale Verbände/Syndikate, Naturparke



BEDINGUNGEN

Verbindliche Basis für die unterstützten PDC-Prozessplanungen bzw. die kommunalen Entwicklungskonzepte sind das vom Ministerium (MAVPC) definierte PDC-Vertragsmodell sowie das PDC-Lastenheft mit einer detaillierten Leistungsbeschreibung.

Unterstützt werden nur jene Umsetzungsprojekte von öffentlichen wie privaten Projektträgern:

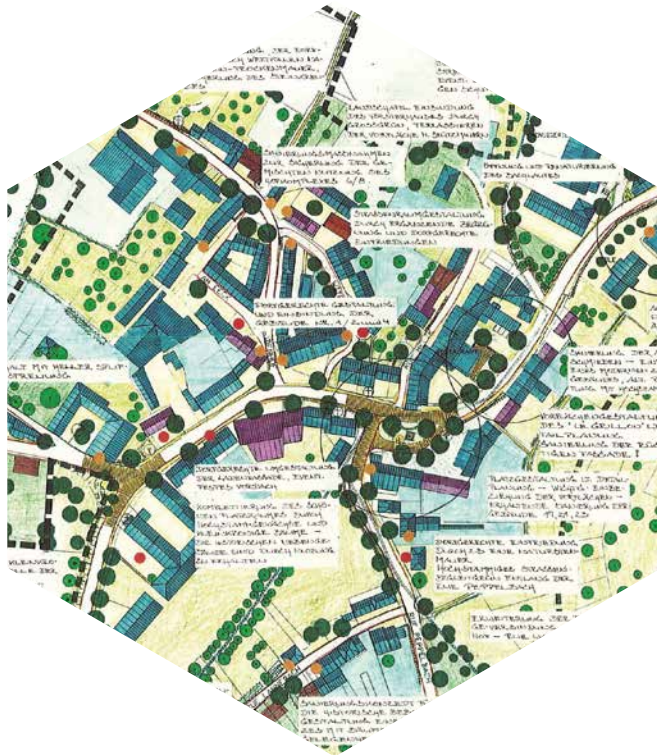
- die entweder aus der kommunalen PDC-Entwicklungsplanung der jeweiligen Gemeinde hervorgehen
- oder aber, die im Konsens und mit der aktiven Beteiligung der lokalen, privaten wie öffentlichen Akteure diskutiert, festgelegt und umgesetzt werden

Bei der Umsetzung von Maßnahmen werden nur jene Projekte unterstützt, die als gemeinschaftliche Einrichtung im wirtschaftlichen oder soziokulturellen Umfeld den Dorfbewohnern und der Lebensqualität im ländlichen Raum zugutekommen.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

Die Unterstützung beträgt bis zu 50% der im PDC-Vertrag definierten Honorarleistungen zur kommunalen Entwicklungsplanung.

Die PDC-Planungskosten werden nicht in das definierte maximale Investitionsvolumen der einzelnen Gemeinden für den Förderzeitraum 2014-2020 miteinbezogen.



MAßNAHME 2: DIVERSIFIZIERUNG HIN ZU NICHT-LANDWIRTSCHAFTLICHEN TÄTIGKEITEN

ZIEL

Diese Maßnahme unterstützt Projekte, die zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft hin zu nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten beitragen, dies sowohl in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft oder des Wein- und Gartenbaus, wie in den Bereichen des lokalen Handwerks und Kunstgewerbes.

Dazu gehören:

- Schaffen und Entwickeln von pädagogischen Empfangseinrichtungen, Info- und Dokumentationsräumen sowie Freizeitinfrastrukturen vor Ort
 - in den Bauernbetrieben, die sogenannten „Schul-Bauernhöfe“
 - in den lokalen kleinen Handwerksbetrieben („micro-entreprises“)

BEGÜNSTIGTE

- Privatpersonen als Inhaber bzw. Teilhaber eines land-/forstwirtschaftlichen bzw. wein-/gartenbaulichen Betriebes, Mitglieder eines

landwirtschaftlichen Haushalts (membres d'un ménage agricole) oder eines lokalen Handwerksbetriebes bzw. Kunstgewerbes, welche unter die Bezeichnung von Kleinunternehmen (micro-entreprises) fallen

- Vereinigungen aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Wein- und Gartenbau oder aus dem lokalen Handwerk und Kunstgewerbes

BEDINGUNGEN

Bei gewinnbringenden Projekten muss die wirtschaftliche Tragfähigkeit nachgewiesen werden.

Förderfähig sind nur die Investitionen, die als Umnutzungsprojekte in bestehende Bausubstanz integriert werden und damit in das umgebende Dorfgefüge eingebunden bleiben. Lediglich neue und angepasste Nebenbauten an das Hauptvolumen sind ebenfalls förderfähig.

Auch Infrastrukturen und Einrichtungen, die im Rahmen eines landwirtschaftlichen Aussiedlungsprojektes geschaffen werden, sind unter dieser Maßnahme förderfähig.





Dagegen fallen Infrastrukturen zur Beherbergung von Gästen sowie für Pferde- und Reitsportaktivitäten nicht unter die Förderung dieser Maßnahme.

Voraussetzung der Förderfähigkeit für die Kleinstunternehmen des lokalen Handwerks und Kunstgewerbes ist, dass mindestens 50% der Produktion, der Veredlung bzw. des Vertriebs aus lokaler/regionaler Herkunft stammen müssen.

Zudem müssen die entsprechenden Kleinstunternehmen des lokalen Handwerks und Kunstgewerbes ihren Firmensitz in einer der Gemeinden im ländlichen Raum haben.

Für die geschaffenen Infrastrukturen von Empfangs- und Freizeiteinrichtungen gelten folgende maximale Obergrenzen:

- max. 120 qm Fläche für die Hauptnutzungsform: pädagogische Empfangs- und Freizeiteinrichtungen
- max. 2.000 € förderfähiger Invest pro qm Nutzfläche

- max. 40% der Fläche der Hauptnutzung für Nebenräume (Eingang, Küche, Sanitär, Technik- und Abstellraum)
- max. 6.000 € förderfähiger Invest für entsprechende Kücheneinrichtung

Die Kosten für Grund- und Gebäudeerwerb, laufende Personalkosten sowie die zusätzlichen Kosten für die Gestaltung in der Umgebung geschaffener Infrastrukturen, wie Parking- und Terrassenflächen fallen nicht unter das Förderregime.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

Die Unterstützung für Projekte unter dieser Maßnahme beträgt 40% .

Im Falle von gewinnbringenden Projekten darf die finanzielle Unterstützung den Betrag von 200.000 € an Beihilfen pro Projektträger während einer Zeitspanne von 3 Haushaltsjahren nicht überschreiten.



MAßNAHME 3: BERATUNG ZUR UNTERNEHMENSGRÜNDUNG UND BETRIEBSENTWICKLUNG

ZIEL

Diese Maßnahme fördert den Unternehmergeist durch Gründen oder Entwickeln von kleinen und mittleren Unternehmen in der Region. Das Unternehmensangebot soll verbessert und das Wirtschaftsgefüge im ländlichen Raum gestärkt werden. Diese Maßnahme wendet sich an Dienstleister in den Bereichen Beratung und Weiterbildung im Hinblick auf professionelle Betreuung für lokale Betriebe vor Ort.

Gefördert werden professionelle Anbieter von Dienstleistungen:

- Unterstützung von Unternehmensgründungen und -verbesserungen
- Aufbau bzw. Verbesserung des Weiterbildungsangebotes für lokale Unternehmer in der Region
- Organisation von Tauschbörsen, thematischen Fachmessen in der Region sowie von Studienreisen und Austauschprogrammen

Alle angebotenen Dienstleistungen sollen zur Stärkung des Unternehmergeistes im lokalen Betrieb sowie des lokalen/regionalen Wirtschaftsgefüges beitragen.

Die angebotenen Weiterbildungs- und Beratungsdienstleistungen beinhalten Fachkurse, Seminare, thematische Workshops, bzw. die fachliche Begleitung von verschiedenen Wirtschaftsakteuren.

Sie richten sich an alle lokalen kleinen und mittleren Unternehmen, die ihren Firmensitz in einer der Gemeinden im ländlichen Raum haben.

Die angebotenen Beratungs-Dienstleistungen müssen neben der Steigerung der wirtschaftlichen und unternehmerischen Effizienz ebenfalls die Optimierung der ökologischen Qualität im kleinen und mittleren Unternehmen behandeln. Gegebenenfalls sollen auch wirksame und angepasste Investitionsmöglichkeiten gegen negative Umwelteinflüsse und im Kampf gegen den Klimawandel mit in die Betriebs-Beratung einbezogen werden.



BEGÜNSTIGTE

Die Förderung im Rahmen dieser Maßnahme richtet sich an Dienstleistungs-Anbieter:

- Privatpersonen und juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und interkommunale Syndikate, Naturparke) sowie des Privatrechts (Syndikate und Vereinigungen).

Die Dienstleistungs-Anbieter müssen den Nachweis einer entsprechenden fachlichen und professionellen Qualifikation sowie die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur, den didaktischen Einrichtungen und des entsprechend geschulten Personals dokumentieren.

BEDINGUNGEN

Im Rahmen eines definierten Projektes zur beruflichen Weiterbildung, zur Unternehmensberatung bzw. zur fachlichen Begleitung sind alle nachzuweisenden Dienstleistungs-, und Materialkosten sowie die Kosten zur Verfügbarkeit von Infrastrukturen förderfähig.

Bei gewinnbringenden Projekten muss die wirtschaftliche Tragfähigkeit nachgewiesen werden.

Weiterbildungskurse, die zu den normalen Programmen des Sekundar- bzw. des Hochschulstudiums gehören, können nicht unter dieser Maßnahme gefördert werden.

Die Dienstleistungs-Anbieter müssen einen entsprechenden Hochschulabschluss sowie eine berufliche Praxis von mindestens 2 Jahren dokumentieren können.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

Die Unterstützung für Dienstleistungen in den Bereichen der Beratung und Begleitung beträgt 40% der Investitionen, wobei eine einzelne Dienstleistung die maximale Investitionssumme von 1.500 € nicht überschreiten darf.

Der maximale Fördersatz für Weiterbildungs-Dienstleistungen beträgt 80% der entsprechenden Investition.

Die finanzielle Unterstützung darf während einer Zeitspanne von 3 Haushaltsjahren den Betrag von 200.000 € an Beihilfen pro Projektträger nicht überschreiten.

Für Gemeinden als Projektträger ist, je nach Größe und Einwohnerzahl, ein maximales förderfähiges Investitionsvolumen für den Förderzeitraum 2014-2020 festgelegt.



MAßNAHME 4: FREIZEIT- UND TOURISMUSAKTIVITÄTEN IM LÄNDLICHEN RAUM

ZIEL

Ziel dieser Maßnahme ist eine qualitative Aufwertung des lokalen, öffentlichen Freizeit- und Erholungsangebotes für die Landbevölkerung sowie eine Erweiterung der öffentlichen touristischen Infrastruktur und der Tourismus-Information im ländlichen Raum durch:

- Schaffen oder Entwickeln von lokalen öffentlichen Sport-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen
- Verbessern der lokalen/regionalen Tourismus-Information für Gäste vor Ort und in der Region
- Entwickeln und Aufwerten des öffentlichen Dienstleistungs-Angebotes „Tourismus auf dem Lande“

BEISPIELE

- öffentliche Freizeit-, Sport- und Erholungsinfrastrukturen für die Landbevölkerung sowie für Gäste vor Ort und in der Region
- standort- und zielgerechter Zugang zu Naturräumen und Kulturdenkmälern
- lokale/regionale Themenwege und Lehrpfade

- spezifische Unterkunftsmöglichkeiten und bedarfsgerechte Erschließung für Gäste mit eingeschränkter Mobilität
- lokale Informations- und Dokumentationszentren sowie ländliche Museen
- thematische Ausstellungen vor Ort und in der Region
- einheitliche Beschilderung von Sehenswürdigkeiten und Wanderwegen
- angemessene Empfangs- und Begleitstrukturen für Gäste und Besucher
- lokale Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Tourismus, Freizeit und Erholung aufwerten und vermarkten
- Kompetenzerweiterung und bessere Koordination der lokalen/regionalen touristischen Akteure und Anbieter, um ein professionelleres und vielfältigeres Angebot bieten zu können

BEGÜNSTIGTE

- Privatpersonen
- Gemeinden und interkommunale Syndikate, Naturparke

BEDINGUNGEN

Als lokale Infrastrukturen im Tourismussektor sowie im Freizeit- und Erholungsangebot vor Ort sind all jene Einrichtungen förderfähig, die in der angepassten Maßstäblichkeit der Orte bzw. ihrer Region konzipiert und umgesetzt werden und einen unter den gesetzlichen Bestimmungen des Titel III förderfähigen Investitionsbetrag von 750.000 € nicht überschreiten.

Mit Ausnahme der thematischen Ausstellungen, die zeitlich begrenzt werden können, müssen alle anderen geförderten lokalen Infrastrukturen im Tourismus-, Freizeit- und Erholungsbereich eine Laufzeit von mindestens 10 Jahren haben. Im gegensätzlichen Fall, müssen die Fördergelder proportional zurückerstattet werden.

Um die spezifische Identität des ländlichen Raumes und die Typologie des Dorfgefüges zu bewahren, müssen die geschaffenen Tourismus-, Freizeit- und Erholungs-Infrastrukturen die lokalen Eigenarten und Charakteristika durch eine angepasste sowie standortgerechte Auswahl, Herkunft und Gestaltung der Materialien respektieren und widerspiegeln.



Bei gewinnbringenden Projekten muss die wirtschaftliche Tragfähigkeit nachgewiesen werden.

Für die geschaffenen lokalen Infrastrukturen von Tourismus-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen gelten folgende maximale Obergrenzen:

- max. 120 qm Fläche für die Hauptnutzungsform
- max. 2.000 € förderfähiger Invest pro qm Nutzfläche
- max. 40% der Fläche der Hauptnutzung für Nebenräume (Eingang, Küche, Sanitär, Technik- und Abstellraum)
- max. 6.000 € förderfähiger Invest für entsprechende Kücheneinrichtung

Die förderfähigen Projekte müssen

- entweder aus der kommunalen Entwicklungsplanung der jeweiligen Gemeinde hervorgehen, besonders bei Gemeinden als Projektträger!
- oder aber mit der aktiven Beteiligung der lokalen, privaten und öffentlichen Akteure aus der Zivilgesellschaft umgesetzt werden

Außerdem sollen die geförderten Infrastrukturen als öffentliche und gemeinschaftliche Einrichtung sowohl der Landbevölkerung wie den Gästen vor Ort zugutekommen. Damit tragen sie zu einer

Bereicherung des wirtschaftlichen wie soziokulturellen Umfeldes sowohl im ländlichen Tourismussektor wie im lokalen Freizeit- und Erholungsangebot bei.

Die Kosten für Grund- und Gebäudeerwerb, laufende Personalkosten sowie die zusätzlichen Kosten für die Gestaltung in der Umgebung geschaffener Infrastrukturen, wie Parking- und Terrassenflächen fallen nicht unter das Förderregime.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

Die Unterstützung beträgt 40% der förderfähigen Investitionen vor Ort und in der Region in den Bereichen Tourismus, Freizeit und Erholung.

Im Falle von gewinnbringenden Projekten, darf die finanzielle Unterstützung, während einer Zeitspanne von 3 Haushaltsjahren, den Betrag von 200.000 € an Beihilfen pro Projektträger nicht überschreiten.

Für Gemeinden als Projektträger ist, je nach Größe und Einwohnerzahl, ein maximales förderfähiges Investitionsvolumen für den Förderzeitraum 2014-2020 festgelegt.



MAßNAHME 5: GRUNDVERSORGUNG FÜR DIE LANDBEVÖLKERUNG



ZIEL

Mit dieser Maßnahme soll nicht nur die wirtschaftliche Grundversorgung sondern auch das soziokulturelle Serviceangebot im ländlichen Raum gefördert werden. Dabei können zum einen öffentliche Auffang-, Empfangs- und Begegnungs-Infrastrukturen in den Landgemeinden und Dörfern geschaffen oder verbessert werden. Zum anderen werden auch öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Mobilität, Vereinsleben, Weiterbildung, Kultur, Freizeit und Erholung für die lokale Bevölkerung angeboten.

BEISPIELE

- ortsnahe öffentliche Auffang- und Versorgungseinrichtungen für Kinder wie Kindertagesstätten
- lokale und multifunktionale Begegnungs- und Versammlungsräume für das Gemeinschafts- und Vereinsleben sowie für Kultur- und Freizeit-Aktivitäten
- lokale Kompetenzzentren im ländlichen Raum zur fachlichen Weiterbildung bzw. für Initiativen in den Bereichen Kultur, Kunsthandwerk, Freizeit und Erholung

- Studien zur dezentralen und angepassten Mobilität in der Region wie: Verbesserung des Angebotes an Öffentlichem Personen-Nahverkehr, Mitfahrzentrale, Ruf-/Bummelbus

BEGÜNSTIGTE

- Gemeinden und interkommunale Syndikate, Naturparke
- andere öffentliche Projektträger

BEDINGUNGEN

- Förderfähig sind Investitionen, dessen Infrastrukturen und Einrichtungen sich in die bestehende, umgenutzte Bausubstanz integrieren und sich in die umgebende Dorftypologie einfügen. Lediglich neue benötigte und dem Hauptvolumen angepasste Nebenbauten können ebenfalls gefördert werden.
- Um die spezifische Identität des ländlichen Raumes und die Typologie des Dorfgefüges zu bewahren, müssen die geschaffenen Empfangs-, Kultur- und Freizeit-Infrastrukturen die lokalen Eigenarten und Charakteristika durch eine

angepasste sowie standortgerechte Auswahl, Herkunft und Gestaltung der Materialien respektieren und widerspiegeln.

Für die geschaffenen lokalen Infrastrukturen von Begegnungs-, Empfangs-, Kultur-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen gelten folgende maximale Obergrenzen:

- max. 120 qm Fläche für die Hauptnutzungsform Auffang- und Empfangs-Infrastrukturen für Kinder
- max. 200 qm Fläche für die Hauptnutzungsform multifunktionale Begegnungs- und Versammlungsräume
- max. 2.000 € förderfähiger Invest pro qm Nutzfläche
- max. 40% der Fläche der Hauptnutzung für Nebenräume (Eingang, Küche, Sanitär, Technik- und Abstellraum)
- max. 6.000 € förderfähiger Invest für entsprechende Kücheneinrichtung

Die förderfähigen Projekte müssen

- entweder aus der kommunalen Entwicklungsplanung der jeweiligen Gemeinde hervorgehen, besonders bei Gemeinden als Projektträger!

- oder aber mit der aktiven Beteiligung der lokalen, privaten und öffentlichen Akteure aus der Zivilgesellschaft umgesetzt werden

Außerdem sollen die geförderten Infrastrukturen als öffentliche und gemeinschaftliche Einrichtung sowohl der Landbevölkerung wie den Gästen vor Ort zugutekommen. Damit tragen sie zu einer Bereicherung des wirtschaftlichen wie soziokulturellen Umfeldes im lokalen Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Erholungsangebot bei.

Die Kosten für Grund- und Gebäudeerwerb, laufende Personalkosten sowie die zusätzlichen Kosten für die Gestaltung in der Umgebung geschaffener Infrastrukturen, wie Parking- und Terrassenflächen fallen nicht unter das Förderregime.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

Die Unterstützung für Investitionen unter dieser Maßnahme beträgt 40%.

Für Gemeinden als Projektträger ist, je nach Größe und Einwohnerzahl, ein maximales förderfähiges Investitionsvolumen für den Förderzeitraum 2014-2020 festgelegt.



MAßNAHME 6: BEWAHREN UND AUFWERTEN DES KULTUR- UND NATURERBES IM LÄNDLICHEN RAUM UND IN DEN DÖRFERN

ZIEL

Die Unterstützung dieser Maßnahme bezieht sich nicht nur auf öffentliche Gestaltungs-, Aufwertungs- und Wiederherstellungs-Projekte innerhalb der Ortschaften oder Siedlungsgebiete. Auch die Ortsränder sowie die Verzahnungsbereiche zwischen Siedlung und freier Landschaft mit ihren typischen Kultur- und Naturelementen werden miteinbezogen.

Die wesentlichen Förderaspekte hierbei sind:

- die Begrünung von öffentlichen Freiräumen mit einheimischen Arten und standortgerechten Vegetationsformen
- der Erhalt und die Aufwertung von innerörtlichen Naturräumen, Kulturlandschaften und Sekundärstrukturen des Dorfgefüges wie Trockenmauern, Hohlwege, Mühlenkanäle und Dämme, Weiher und Teiche
- die Aufwertung von Naturelementen und Grünstrukturen wie: Gehölze, Obstgärten, Hecken, Magerrasen, Fließ- und Stillgewässer als Übergangsbereiche zwischen Siedlung und Landschaft

- die Aufwertung und Wiederherstellung von öffentlichen Freiräumen, Grünzügen und Begegnungspunkten wie: Dorfplätze, Parkanlagen, Straßenräume, Vorhöfe und Randbereiche, innerörtliche Rad- und Fußweg-Verbindungen, Spiel- und Sportplätze, Freizeit- und Erholungseinrichtungen
- der Schutz und die Aufwertung von bestehender ortstypischer Bausubstanz, von Denkmälern und lokalem Kulturerbe

Die förderfähigen Projekte müssen die spezifische Identität und natürliche Vielfalt des ländlichen Raumes erhalten und im Einklang mit dem dörflichen Gefüge stehen.

Bei der Projektumsetzung wird deshalb besonders

- der Erhalt bzw. die Verbesserung der ortsnahen Kulturlandschaftsräume und Biotoptypen unterstützt
- der nachhaltige Unterhalt von naturnahen, regionaltypischen Strukturelementen und Grünanlagen im Dorf und am Ortsrand gefördert
- auf die Herkunft von bodenständiger Vegetation,

angepasster Artenwahl sowie von ortstypischen und standortgebundenen Materialien geachtet

- eine dorfgerechte Bautypologie und angepasste, funktionale Gestaltungsform bevorzugt.

BEGÜNSTIGTE

- Privatpersonen und juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und interkommunale Syndikate, Naturparke) sowie des Privatrechts (Syndikate und Vereinigungen). Landwirte sind bei dieser Maßnahme ausgeschlossen.

BEDINGUNGEN

Förderfähig sind Investitionen in entsprechende Infrastrukturen und Einrichtungen, die sich in bestehende, umgenutzte Bausubstanz integrieren und sich in die umgebende Dorftypologie einfügen. Lediglich neue benötigte und dem Hauptvolumen angepasste Nebenbauten können ebenfalls gefördert werden.



Für die geschaffenen lokalen Infrastrukturen von Begegnungs-, Kultur-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen gelten folgende maximale Obergrenzen:

- max. 200 qm Fläche für die Hauptnutzungsform multifunktionale Begegnungs- und Versammlungsräume
- max. 2.000 € förderfähiger Invest pro qm Nutzfläche
- max. 40% der Fläche der Hauptnutzung für Nebenräume (Eingang, Küche, Sanitär, Technik- und Abstellraum)
- max. 6.000 € förderfähiger Invest für entsprechende Kücheneinrichtung

Die förderfähigen Projekte müssen

- entweder aus der kommunalen Entwicklungsplanung der jeweiligen Gemeinde hervorgehen, besonders bei Gemeinden als Projektträger!
- oder aber mit der aktiven Beteiligung der lokalen, privaten und öffentlichen Akteure aus der Zivilgesellschaft umgesetzt werden



Die Kosten für Grund- und Gebäudeerwerb, laufende Personalkosten sowie die zusätzlichen Kosten für die Gestaltung in der Umgebung geschaffener Infrastrukturen, wie Parking- und Terrassenflächen fallen nicht unter das Förderregime.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

Die Unterstützung für Investitionen unter dieser Maßnahme beträgt 40%.

Für Gemeinden als Projektträger ist, je nach Größe und Einwohnerzahl, ein maximales förderfähiges Investitionsvolumen für den Förderzeitraum 2014-2020 festgelegt.



EXTRAITS DE LA LOI DU 27 JUIN 2016

concernant le soutien au développement durable des zones rurales

Nous Henri, Grand-Duc de Luxembourg, Duc de Nassau,

Notre Conseil d'Etat entendu ;

De l'assentiment de la Chambre des Députés ;

Vu la décision de la Chambre des Députés du 12 mai 2016 et celle du Conseil d'Etat du 7 juin 2016 portant qu'il n'y a pas lieu à second vote ;

Avons ordonné et ordonnons :

Titre III – Amélioration de la qualité de vie en milieu rural et diversification de l'économie rurale

Chapitre 1^{er} – Elaboration des plans de développement communal

Art. 58. (1) Des aides peuvent être accordées aux communes, aux syndicats de communes et aux parcs naturels tels que définis à l'article 1^{er} de la loi modifiée du 10 août 1993 sur les parcs naturels, en faveur :

1. de l'établissement, de la mise à jour et du suivi de plans de développement communal ;
2. de l'accompagnement et de l'encadrement des processus de participation des citoyens relatifs à l'élaboration des plans de développement communal.

(2) Le plan de développement communal est un instrument de planification durable et intégrée qui a pour objet de promouvoir, dans le cadre d'une démarche participative, le développement communal dans les zones rurales, afin d'y améliorer la qualité de vie.

Le plan de développement communal vise à sauvegarder l'identité spécifique du milieu rural et la typologie du tissu villageois. Il doit résulter d'une concertation entre les différents acteurs locaux publics et privés concernés.

(3) Le plan de développement communal bénéficie d'une aide dont le taux est fixé à 50 pour cent.

Un règlement grand-ducal précise les modalités d'application des aides.

Chapitre 2 – Développement d'activités non agricoles en milieu rural

Art. 59. (1) Des aides peuvent être accordées en faveur d'investissements dans la création et le développement d'activités non agricoles, qui sont en rapport avec la mise en place et le développement de structures pédagogiques et d'accueil à la ferme ou à l'entreprise, à destination du public, par les exploitants agricoles, les membres d'un ménage agricole, ainsi que les micro-entreprises des métiers d'art et d'artisanat local.

(2) Par ménage agricole, on entend tout groupe de personnes vivant dans une même unité d'habitation privée et dont un membre au moins est exploitant agricole au sens de l'article 2.

Peut être considéré comme membre d'un ménage agricole toute personne physique ou morale ou tout groupe de personnes physiques ou morales, quel que soit leur statut juridique, à l'exception des salariés agricoles.

(3) Pour les micro-entreprises actives dans le secteur de l'artisanat local, qu'elles exercent des activités de production, d'affinage ou de commercialisation, au moins 50 pour cent de l'offre doivent être constitués par des produits de provenance régionale.

(4) Pour être éligibles, les investissements doivent être intégrés dans le patrimoine local bâti au sein du tissu villageois. De nouveaux corps annexés à la bâtisse principale sont également éligibles.

Par dérogation, sont également éligibles les infrastructures créées dans le cadre d'une relocalisation d'une exploitation agricole visée à l'article 2.

(5) Les structures d'hébergement ainsi que celles relatives aux activités équestres sont exclues de l'aide.

(6) Les micro-entreprises doivent avoir le siège effectif de l'exploitation sur le territoire d'une des communes autres que celles énumérées à l'article 64.

(7) Pour les opérations génératrices de bénéfices la viabilité économique doit être démontrée.

(8) Les projets bénéficient d'une aide dont le taux est fixé à 40 pour cent.

(9) Un règlement grand-ducal précise les modalités d'application des aides.

Chapitre 3 – Conseil à la création et au développement de petites et moyennes entreprises

Art. 60. (1) Des aides peuvent être accordées au prestataire de services de conseil ou de formation continue dans le contexte de l'encadrement professionnel, à destination des petites et moyennes entreprises ayant leur siège social sur le territoire d'une des communes autres que celles énumérées à l'article 64.

Les actions portant sur la formation professionnelle continue comprennent des cours, des séminaires, des ateliers et l'encadrement des acteurs économiques.

(2) Le prestataire bénéficie d'une aide dont le taux est fixé à 40 pour cent pour les services de conseil, l'aide ne pouvant toutefois dépasser 1.500 euros par conseil presté et à 80 pour cent au maximum pour les services de formation.

(3) Les services de conseil doivent porter sur l'amélioration des performances économiques et environnementales de l'entreprise et, le cas échéant, de ses investissements, la réduction de ses effets sur le climat et le renforcement de sa résilience aux changements climatiques. Cette obligation ne vaut pas pour les services de formation.

(4) Peuvent bénéficier de l'aide les personnes physiques et morales de droit public et de droit privé qui justifient d'une qualification professionnelle suffisante.

Pour les personnes physiques, sont prises en compte la formation et l'expérience professionnelles ainsi que la disponibilité d'infrastructures et d'équipements requis en vue de l'exécution de la mission.

Pour les personnes morales, la qualification professionnelle s'apprécie sur base de la disponibilité en ressources humaines et des infrastructures et équipements requis en vue de l'exécution de la mission, ainsi que sur base de la formation et de l'expérience professionnelles du personnel effectivement affecté aux services de conseil et de formation.

(5) Un règlement grand-ducal précise les modalités d'application des aides.

Chapitre 4 – Activités récréatives et touristiques en milieu rural

Art. 61. (1) Des aides peuvent être accordées en faveur d'investissements affectés à l'usage du public dans les infrastructures récréatives et touristiques à petite échelle et les informations touristiques, tels que :

1. les infrastructures de récréation, de loisirs et de détente affectées à l'usage du public ;
2. les informations touristiques à l'usage du public ;
3. le développement et la valorisation des services touristiques affectés à l'usage du public.

(2) Les projets communaux concernés doivent être issus d'un plan de développement communal ou résulter d'une concertation entre les différents acteurs locaux publics et privés.

(3) Pour les opérations génératrices de bénéfices la viabilité économique doit être démontrée.

(4) Les projets bénéficient d'une aide dont le taux est fixé à 40 pour cent des dépenses éligibles.

(5) Un règlement grand-ducal précise les modalités d'application des aides.

Chapitre 5 – Services de base pour la population locale

Art. 62. (1) Des aides peuvent être accordées en faveur de projets en rapport avec le développement socio-culturel et socio-économique des zones rurales et visant la création, le développement et l'amélioration de services et d'infrastructures locales d'accueil, d'encadrement, de garde, de mobilité, de rencontre, de formation, d'activités culturelles ou récréatives.

(2) Les projets communaux concernés doivent être issus d'un plan de développement communal ou résulter d'une concertation entre les différents acteurs locaux publics et privés.

(3) Pour être éligibles les investissements doivent être intégrés dans le patrimoine local bâti au sein du tissu villageois. De nouveaux corps annexés à la bâtisse principale sont également éligibles.

(4) Les projets bénéficient d'une aide dont le taux est fixé à 40 pour cent.

(5) Pour les opérations génératrices de bénéfices la viabilité économique doit être démontrée.

EXTRAITS DE LA LOI DU 27 JUIN 2016

concernant le soutien au développement durable des zones rurales

(6) L'aide est applicable aux personnes morales de droit public.

(7) Un règlement grand-ducal précise les modalités d'application des aides.

Chapitre 6 – Conservation et mise en valeur du patrimoine culturel et naturel des villages

Art. 63. (1) Des aides peuvent être accordées en faveur d'investissements liés à la valorisation et à l'aménagement, à la restauration et à la réhabilitation du patrimoine culturel et naturel des villages, des paysages ruraux et des sites à haute valeur naturelle.

Les investissements doivent être ouverts au public.

(2) Sont visés les investissements :

1. réalisés à l'intérieur ainsi qu'en bordure des villages ayant pour objet la renaturation d'espaces publics, la valorisation des ressources naturelles, la restauration et l'aménagement des milieux naturels ainsi que la protection, l'entretien et la mise en valeur des paysages culturels ;
2. relatifs à l'aménagement et à la revalorisation des espaces publics construits ainsi que des ensembles villageois ;
3. relatifs à la protection, la restauration, la réaffectation et la mise en valeur du patrimoine rural bâti à des fins culturelles, sociales, économiques ou touristiques.

(3) Les projets communaux concernés doivent être issus d'un plan de développement communal ou résulter d'une concertation entre les différents acteurs locaux publics et privés.

(4) Pour être éligibles les investissements doivent être intégrés dans le patrimoine local bâti au sein du tissu villageois. De nouveaux corps annexés à la bâtisse principale sont également éligibles.

(5) Les projets bénéficient d'une aide dont le taux est fixé à 40 pour cent.

(6) Pour les opérations génératrices de bénéfices la viabilité économique doit être démontrée.

(7) Un règlement grand-ducal précise les modalités d'application des aides.

Chapitre 7 – Dispositions générales

Art. 64. Les mesures relatives aux activités énumérées aux articles 58 à 63, ne peuvent être soutenues si elles sont réalisées sur les territoires des communes de Bertrange, de Bettembourg, de Bettendorf, de Colmar-Berg, de Diekirch, de Differdange, de Dudelange, d'Erpeldange, d'Esch-sur-Alzette, d'Ettelbruck, de Hesperange, de Käerjeng, de Kayl, de Kopstal, de Luxembourg, de Mamer, de Mondercange, de Pétange, de Rumelange, de Sandweiler, de Sanem, de Schieren, de Schifflange, de Steinfort, de Strassen et de Walferdange.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les exploitants agricoles et les membres d'un ménage agricole réalisant des investissements dans la création et le développement d'activités non agricoles peuvent bénéficier du régime d'aides visé à l'article 59, paragraphe 1^{er}, quelle que soit la commune sur le territoire de laquelle ils sont installés.

Art. 65. Pour les opérations génératrices de bénéfices, le total des aides prévues au titre III ne peut excéder, par bénéficiaire, 200.000 euros sur une période de trois années.

Art. 66. Pour les communes éligibles aux aides du présent titre, les aides, à l'exception de celles qui sont prévues au chapitre 1^{er}, ne peuvent dépasser un plafond qui est fonction du nombre d'habitants de la commune.

Le plafond est calculé en multipliant par 200 le nombre pondéré d'habitants de la commune au jour de l'entrée en vigueur de la loi, déterminé selon la formule suivante :

1. pour les communes dont la population est inférieure à 1.000 habitants, le nombre pondéré d'habitants est égal à 1.500 ;
2. pour les communes dont la population est comprise entre 1.000 et 2.999 habitants, le nombre pondéré d'habitants est égal au nombre d'habitants augmenté de 500 unités sans pouvoir dépasser 3.000 ;
3. pour les communes dont la population est comprise entre 3.000 et 4.999 habitants, le nombre pondéré d'habitants est égal au nombre d'habitants ;

4. pour les communes dont la population est supérieure à 5.000 habitants, le nombre pondéré d'habitants est égal à 5.000.

Art. 67. Les mesures relatives au présent titre peuvent être cumulées avec d'autres régimes d'aides publiques dans la limite des taux d'aides fixés aux articles 59 à 63. Les bénéficiaires de ces aides communiquent au ministre la ou les catégories et le montant d'aides publiques autres que celles visées au présent titre qui leur auraient été accordées. Un règlement grand-ducal précise les modalités d'application du présent article.

Titre V - Dispositions finales

Art. 70. Le coût des investissements susceptibles de bénéficier d'une aide en capital au titre de la présente loi est calculé hors taxe sur la valeur ajoutée, à moins qu'elle ne soit pas récupérable en vertu de la législation relative à la taxe sur la valeur ajoutée.

Art. 71. (1) Des commissions sont créées pour émettre un avis quant aux demandes d'aides suivantes :

1. la commission écologique, chargée d'aviser certaines catégories de demandes concernant les aides prévues aux articles 45, 47 et 48, ces catégories de demandes étant définies par règlement grand-ducal ;
2. la commission diversité biologique, chargée d'aviser les demandes concernant les aides prévues à l'article 46 ;
3. la commission pour la promotion de l'innovation, de la recherche et du développement du secteur agricole, chargée d'aviser les projets introduits par les groupes opérationnels visés à l'article 40, ainsi que les projets de recherche et de développement visés à l'article 43 ;
4. la commission des zones rurales, chargée d'aviser les demandes concernant les aides prévues aux articles 58 à 63.

(2) La composition, l'organisation et le fonctionnement des commissions sont arrêtés par règlement grand-ducal.



Art. 72. Les aides prévues la présente loi, telles qu'elles sont spécifiées par règlement grand-ducal, sont imputables au Fonds d'orientation économique et sociale pour l'agriculture.

Le fonds est alimenté par:

1. des dotations budgétaires annuelles ;
2. les recettes et bonifications revenant à l'Etat du chef de l'application de la politique agricole commune dans le cadre de l'Union européenne, pour autant que ces mesures soient effectivement à charge du fonds ;
3. les restitutions d'aides effectuées en application des articles 73 à 75.

Art. 73. Chaque année le ministre soumet à la Chambre des députés un rapport sur la situation de l'agriculture et de la viticulture et sur l'application de la présente loi. Ce rapport indique exercice par exercice, d'une part, les engagements contractés et les liquidations effectuées au titre des différentes catégories d'aides prévues par la présente loi, d'autre part, les engagements restant à liquider. Ce même rapport indique, exercice par exercice, les remboursements effectués et à effectuer par le Fonds européen agricole pour le développement rural au titre des différentes catégories d'aides prévues par la présente loi. En ce qui concerne les investissements d'un montant supérieur à 250.000 euros, réalisés par des entreprises visées à l'article 25, ce rapport comprend une description succincte des projets, l'indication de leur coût et de leur mode de financement.

EXTRAITS DE LA LOI DU 27 JUIN 2016

concernant le soutien au développement durable des zones rurales

Art. 74. Sauf dans les cas de force majeure, la demande d'aide ou la demande de paiement de l'exploitant agricole qui refuse, par quelque moyen que ce soit, que des contrôles sur place aient lieu sur son exploitation, est rejetée. En outre, l'exploitant doit restituer les fonds qui lui ont déjà été accordés dans le cadre de la demande objet du contrôle.

Art. 75. (1) L'aide est refusée si la demande d'aide est basée sur des données inexactes.

(2) L'aide doit être restituée lorsqu'elle a été obtenue au moyen de déclarations inexactes ou incomplètes, qui ne sont manifestement pas le résultat d'une simple erreur. Le montant à restituer porte intérêts au taux légal, à calculer à partir du jour du paiement de l'aide jusqu'au jour de la restitution.

(3) En cas de fausse déclaration faite délibérément, le bénéficiaire est également exclu pour l'année civile considérée de toutes les mesures prévues au chapitre concerné de la loi.

(4) Au cas où le bénéficiaire fait l'objet d'une poursuite pénale se rapportant à une demande d'aide faite sous la présente loi, le ministre peut suspendre le paiement de l'aide jusqu'à ce que la procédure pénale ait abouti.

Art. 76. (1) Les aides accordées en application de la présente loi doivent être restituées dans l'hypothèse où le bénéficiaire n'observe pas les conditions d'attribution des aides dans les cas et dans les limites où de telles

conditions sont prescrites par ou en vertu de la présente loi, notamment lorsqu'il cesse l'activité agricole à titre principal avant l'échéance d'un délai de trois ans à compter de l'attribution des aides ou qu'il ne satisfait pas à l'obligation de tenir une comptabilité conformément à l'article 3, paragraphe 1^{er}, point f).

Le bénéficiaire doit respecter les conditions d'attribution pendant une durée de dix ans à compter de la date d'achèvement de l'investissement pour les investissements en biens immeubles et pendant une durée de sept ans à compter de la date d'achat pour les investissements en biens meubles.

(2) Les aides aux investissements doivent être restituées dans la même mesure si, avant l'expiration du délai prévu au paragraphe 1^{er}, les investissements cessent d'être utilisés aux fins prévues. Le montant de la restitution est calculé au prorata de la période d'utilisation des investissements.

(3) Le bénéficiaire d'une aide à l'investissement qui met à disposition d'un tiers, que ce soit à titre gratuit ou onéreux, l'investissement ayant donné droit à l'aide, ne pourra se voir attribuer, pendant une durée de dix ans à compter de la date de réalisation de l'investissement, une aide pour un nouvel investissement du même type.

Art. 77. A la demande du ministre, les exploitants agricoles bénéficiaires d'une aide au titre de la présente loi doivent lui fournir les données relatives à leur exploitation nécessaires aux fins de suivi et d'évaluation de la mise en œuvre du régime d'aides concerné.

Art. 78. Les personnes et services intervenant dans la gestion, le contrôle et le suivi des mesures prévues par la présente loi, ne communiquent aucune information ou donnée personnelle ou individuelle, qu'ils obtiennent dans le cadre de leurs activités, à des personnes autres que le bénéficiaire assumant la gestion de l'exploitation concernée, sauf en cas d'irrégularité ou d'infraction constatée dans le cadre de leur activité pour laquelle la législation nationale ou européenne prévoit l'obligation d'informer une autorité publique, en particulier en cas d'infraction pénale. L'article 458 du Code pénal est applicable.

Art. 79. (1) L'allocation des aides visées aux articles 3, 9, 25 et 59 à 63 est soumise à la condition que la réalisation de l'investissement ait été achevée dans un délai de trois ans à compter de la date de la décision portant allocation de l'aide. Le délai peut être prolongé lorsque, avant l'expiration du délai initial, le bénéficiaire fait valoir des raisons indépendantes de sa volonté qui empêchent la réalisation de l'investissement dans le délai.

(2) Les dates de réalisation et d'achèvement d'un investissement sont déterminées par règlement grand-ducal.

Art. 80. Le Fonds d'orientation économique et sociale pour l'agriculture créé par la loi d'orientation agricole du 23 avril 1965 est maintenu.

Art. 81. Les aides sont accordées dans la limite des crédits budgétaires disponibles.



Art. 82. (1) La loi produit ses effets à partir du :

1. 1^{er} juillet 2014 pour les mesures visées aux articles 3, 9, 10, 13 à 17, 19 à 29 et 48 ;
2. 1^{er} janvier 2015 pour les mesures visées aux articles 18 et 49 à 51 ;
3. 1^{er} janvier 2014 pour les autres mesures.

(2) Un règlement grand-ducal détermine les modalités quant à la recevabilité des demandes d'aides. Les dates de recevabilité des demandes d'aides peuvent être antérieures à la date limite de la validité des mesures visées au paragraphe 1^{er}.

(3) La loi modifiée du 18 avril 2008 concernant le renouvellement du soutien au développement rural est abrogée, à l'exception des articles 9 et 10 qui continuent à s'appliquer aux jeunes agriculteurs installés sous l'empire de cette loi et de l'article 57 relatif à la restitution des aides indûment perçues.

Mandons et ordonnons que la présente loi soit insérée au Mémorial pour être exécutée et observée par tous ceux que la chose concerne.

Le Ministre de l'Agriculture,
de la Viticulture et de la
Protection des consommateurs,
Fernand ETGEN

La Ministre de l'Environnement,
Carole DIESCHBOURG

Le Ministre des Finances,
Pierre GRAMEGNA

Le Ministre de l'Education nationale,
de l'Enfance et de la Jeunesse,
Claude MEISCH

Le Ministre de la Justice,
Félix BRAZ

Le Ministre de la Sécurité sociale,
Romain SCHNEIDER

Palais de Luxembourg, le 27 juin 2016
Henri

RÈGLEMENT GRAND-DUCAL DU 23 JUILLET 2016

relatif aux régimes d'aides prévus au titre III de la loi du 27 juin 2016 concernant le soutien au développement durable des zones rurales

Nous Henri, Grand-Duc de Luxembourg, Duc de Nassau,

Vu la loi du 27 juin 2016 concernant le soutien au développement durable des zones rurales et notamment ses articles 58 à 67 ;

Vu les avis de la Chambre d'agriculture, de la Chambre de commerce et de la Chambre des métiers ;

Notre Conseil d'Etat entendu ;

Sur le rapport de Notre Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et de la Protection des consommateurs, et après délibération du Gouvernement en conseil;

Arrêtons :

Chapitre 1^{er} – Dispositions générales

Art. 1^{er}. Il est institué une commission des zones rurales, ci-après désignée « la commission », qui est chargée d'instruire les demandes concernant les aides prévues au titre III de la loi du 27 juin 2016 concernant le soutien au développement durable des zones rurales.

La commission est composée de dix membres nommés par le ministre ayant l'Agriculture dans ses attributions, ci-après dénommé « le ministre ». Les nominations interviennent sur proposition des ministres en charge des départements ministériels représentés au sein de la commission.

La commission comprend :

- trois représentants désignés par le ministre
- un représentant proposé par le ministre ayant les Classes moyennes dans ses attributions
- un représentant proposé par le ministre ayant le Tourisme dans ses attributions
- un représentant proposé par le ministre ayant l'Environnement dans ses attributions
- un représentant proposé par le ministre ayant l'Intérieur dans ses attributions
- un représentant proposé par le ministre ayant l'Education nationale dans ses attributions
- deux représentants proposés par le ministre ayant la Culture dans ses attributions, dont l'un représente le Service des sites et monuments nationaux.

Un suppléant est désigné pour chaque membre effectif de la commission. Il est appelé à remplacer celui-ci en cas d'empêchement.

La commission est présidée par un des représentants désignés par le ministre. En cas d'empêchement celui-ci est remplacé par son suppléant désigné à cet effet.

Le secrétariat de la commission est assuré par une personne désignée par le ministre.

Avec l'accord du ministre, la commission peut se faire assister par des experts en vue de l'examen de questions particulières.

La commission se réunit sur convocation de son président ou à la demande conjointe de cinq de ses membres. Pour délibérer valablement, cinq membres au moins doivent être présents. En cas de parité de voix, celle du président est prépondérante.

Le secrétaire rédige les procès-verbaux qui sont soumis pour approbation à la commission.

Art. 2. Toute aide doit faire l'objet d'une demande à introduire auprès du ministre, préalablement au début de la réalisation du projet. Le ministre décide de l'allocation de l'aide après avoir demandé l'avis de la commission.

La date de début de réalisation d'un projet correspond à la date d'établissement de la première facture relative aux prestations de travaux ou la livraison de biens en rapport avec l'investissement.

La date d'achèvement d'un projet correspond à la date de la dernière facture relative aux prestations de travaux ou la livraison de biens en rapport avec l'investissement.

Art. 3. Les plafonds d'investissement des communes éligibles sont fixés à l'annexe II.

Art. 4. En cas de cumul d'aides publiques, le ministre prend sa décision après s'être concerté avec les autres ministres concernés et après avoir demandé l'avis de la commission, appelée à proposer les possibilités d'application cumulée d'aides publiques en faveur du projet.

Art. 5. La viabilité économique d'un projet est déterminée par une étude de rentabilité comportant notamment une description technique et économique détaillée de l'investissement projeté, son coût estimatif, une justification de son bien-fondé ainsi qu'un plan de financement.

Art. 6. Les autorisations nécessaires à la réalisation du projet sont à présenter ensemble avec la demande d'aide.

Art. 7. Sauf dans les cas où l'investisseur est une commune, l'investisseur doit être l'exploitant du projet.

Art. 8. Les prestations en nature ainsi que les investissements dans du matériel d'occasion ne sont pas pris en compte.

Art. 9. L'allocation de l'aide est subordonnée à la condition que son montant soit supérieur à 2.000 euros.

Chapitre 2 - Elaboration des plans de développement communal

Art. 10. Le plan de développement communal prévu à l'article 58 de la loi précitée du 27 juin 2016 clarifie les principes de sa mission, établit un inventaire détaillé des axes thématiques pour la commune, dégage ses forces et faiblesses et fixe les objectifs et priorités définis essentiellement en fonction des quatre axes suivants :

- l'habitat et le milieu habité, l'architecture et l'urbanisme
- le contexte régional, les activités socio-économiques, les équipements collectifs
- l'environnement naturel et humain, l'écologie et la diversité biologique des villages
- les activités socio-culturelles, les loisirs, la détente, l'identité villageoise.

Art. 11. (1) L'établissement, la mise à jour et le suivi des plans de développement communal doivent être élaborés conformément au cahier des charges relatif à l'élaboration des plans de développement communal défini à l'annexe I, qui détermine le déroulement des phases de planification, les procédures et les prestations de planification à suivre par l'autorité communale, ainsi que la composition du groupement d'études mandataire.

(2) Un contrat-type règle les relations entre l'autorité communale et le groupement d'études mandataire, pré-

cise le détail des prestations à fournir au processus de planification, ainsi que le barème des taux honoraires applicables.

Art. 12. (1) Les plans de développement communal sont élaborés par les autorités communales, en concertation avec des groupements d'études pluridisciplinaires de leur choix.

La concertation entre les différents acteurs publics et privés concernés se traduit par l'organisation de forums de discussions, d'enquêtes publiques et d'ateliers.

(2) Le plan de développement communal est approuvé par le conseil communal.

Chapitre 3 - Développement d'activités non agricoles en milieu rural

Art. 13. Sont éligibles dans le cadre du régime d'aides prévu à l'article 59 de la loi précitée du 27 juin 2016, les coûts d'investissement relatifs aux structures et activités pédagogiques et d'accueil, à la ferme ou à l'entreprise.

Art. 14. L'investissement éligible est plafonné à 2.000 euros par mètre carré de surface utile créée.

RÈGLEMENT GRAND-DUCAL DU 23 JUILLET 2016

relatif aux régimes d'aides prévus au titre III de la loi du 27 juin 2016 concernant le soutien au développement durable des zones rurales

La surface d'affectation principale éligible est limitée à 120 mètres carrés.

La surface éligible des locaux secondaires ne peut pas dépasser 40 pour cent de la surface d'affectation principale. Constituent des locaux secondaires: l'entrée, l'accueil, le vestiaire, la cuisine, le local de stockage, les installations sanitaires et les locaux techniques.

Le coût éligible pour l'équipement de la cuisine est plafonné à 6.000 euros. Sont éligibles les biens suivants: le réfrigérateur, le lave-vaisselle, la machine à café, le bloc évier et l'armoire murale pour la vaisselle et la verrerie. Chaque bien ne peut bénéficier d'une aide qu'une seule fois par période de sept ans.

Les frais d'acquisition d'immeubles, les frais relatifs à l'aménagement des alentours tels qu'un parking ou une terrasse, ainsi que les frais de personnel et de fonctionnement ne sont pas éligibles.

Chapitre 4 - Conseil à la création et au développement de petites et moyennes entreprises

Art. 15. (1) Les actions susceptibles de bénéficier des aides prévues à l'article 60 de la loi précitée du 27 juin 2016 portent sur les prestations de services de conseil ou de formation continue suivantes :

- l'aide à la création et au développement d'entreprises
- les cours de formation
- les bourses d'échange
- les foires et expositions thématiques locales ou régionales
- les visites et voyages d'études
- les échanges de courte durée entre entreprises.

(2) Les cours de formation faisant partie des programmes ou systèmes d'enseignement secondaire ou supérieur ne sont pas éligibles.

Art. 16. Les frais de conseil et d'encadrement suivants en rapport avec le projet sont éligibles :

- les indemnités pour prestations de services
- les frais de location des bureaux occupés par le prestataire de services
- les frais généraux, dont les dépenses liées au fonctionnement du bâtiment dans lequel le prestataire de services a ses bureaux, telles que les factures d'eau, d'électricité, de chauffage et de téléphone
- les frais de location d'une salle de conférence
- les frais de route et de séjour
- les frais d'organisation
- les frais de duplication des documents
- les frais de location de matériel didactique.

Art. 17. Les prestataires de services de conseil ou de formation continue doivent être détenteurs d'un diplôme d'études universitaires et disposer d'une expérience professionnelle de deux ans au moins en relation avec la mission exercée.

Chapitre 5 - Activités récréatives et touristiques en milieu rural

Art. 18. (1) Au sens de l'article 61 de la loi précitée du 27 juin 2016, on entend par :

- a) « infrastructures de récréation, de loisirs et de détente affectées à l'usage du public » :
- l'aménagement d'infrastructures et de récréation pour résidents et visiteurs
 - l'accès facile, adapté et ciblé aux espaces naturels et aux sites culturels
 - l'aménagement et la valorisation de circuits et sentiers thématiques et didactiques
 - la mise en place et le développement de structures d'accueil et d'hébergement pour personnes à mobilité réduite

- b) « informations touristiques à l'usage du public » :
- les centres locaux d'information et de documentation
 - les expositions thématiques
 - les musées ruraux
 - la signalisation homogène des sites et sentiers touristiques
- c) « développement et valorisation des services touristiques affectés à l'usage du public » :
- l'accueil et l'encadrement des hôtes et des visiteurs
 - la promotion des services et produits touristiques, de loisirs et de détente basés sur les ressources rurales
 - le développement des compétences des opérateurs
 - la coordination des acteurs touristiques impliqués au niveau local
- d) « investissement à petite échelle » :
- un investissement réalisé à l'échelle de la région, tel que défini au Programme directeur de l'aménagement du territoire, dont le volet éligible ne dépasse pas le montant 750.000 euros.
- (2)** Les infrastructures liées au tourisme rural doivent respecter l'authenticité locale par le choix et la provenance des matériaux.

(3) A l'exception des projets d'expositions thématiques qui peuvent être limités dans le temps, les projets d'investissement visés au paragraphe 1er, sous a) et b) doivent avoir une durée d'exploitation minimale de dix ans. A défaut, les aides doivent être restituées en fonction de la durée d'exploitation effective.

Art. 19. (1) L'investissement éligible est plafonné à 2.000 euros par mètre carré de surface utile créée.

La surface d'affectation principale éligible est limitée à 120 mètres carrés.

La surface éligible des locaux secondaires ne peut pas dépasser 40 pour cent de la surface d'affectation principale. Constituent des locaux secondaires: l'entrée, l'accueil, le vestiaire, la cuisine, le local de stockage, les installations sanitaires et les locaux techniques.

Le coût éligible pour l'équipement de la cuisine est plafonné à 6.000 euros. Sont éligibles les biens suivants: le réfrigérateur, le lave-vaisselle, la machine à café, le bloc évier et l'armoire murale pour la vaisselle et la verrerie. Chaque bien ne peut bénéficier d'une aide qu'une seule fois par période de sept ans.

Les frais d'acquisition d'immeubles, les frais relatifs à l'aménagement des alentours tels qu'un parking ou une terrasse, ainsi que les frais de personnel et de fonctionnement ne sont pas éligibles.

(2) Concernant le raccordement des bâtisses réaffectées au réseau collectif, les frais de la conduite d'eau et de la canalisation sont éligibles sur une longueur maximale de 10 mètres.

Concernant l'aménagement et la revalorisation des espaces publics construits et des ensembles villageois, les investissements éligibles sont ceux relatifs à l'aménagement ainsi qu'aux matériaux en surface. A l'exception des raccordements pour l'évacuation des eaux de surface au réseau collectif, les investissements en infrastructures souterraines sont exclus du régime d'aides.

Chapitre 6 - Services de base pour la population locale

Art. 20. (1) Les investissements susceptibles de bénéficier du régime d'aides prévu à l'article 62 de la loi précitée du 27 juin 2016 portent sur :

- le financement d'études ayant pour objet la mise en place de services de mobilité
- la mise en place de l'offre en infrastructures de proximité d'accueil et de garde pour enfants
- la création, le maintien, l'aménagement et la réaffectation de lieux et de centres de rencontre multifonctionnels dans les domaines de la formation continue, de l'animation thématique, de la culture et des arts, des loisirs, de la récréation et de la détente.

RÈGLEMENT GRAND-DUCAL DU 23 JUILLET 2016

relatif aux régimes d'aides prévus au titre III de la loi du 27 juin 2016 concernant le soutien au développement durable des zones rurales

Art. 21. (1) L'investissement éligible est plafonné à 2.000 euros par mètre carré de surface utile créée.

La surface d'affectation principale éligible est limitée à :

- 120 mètres carrés pour les infrastructures d'accueil ou de garde pour enfants
- 200 mètres carrés pour les centres de rencontre multifonctionnels.

La surface éligible des locaux secondaires ne peut pas dépasser 40 pour cent de la surface d'affectation principale. Constituent des locaux secondaires : l'entrée, l'accueil, le vestiaire, la cuisine, le local de stockage, les installations sanitaires et les locaux techniques.

Le coût éligible pour l'équipement de la cuisine est plafonné à 6.000 euros. Sont éligibles les biens suivants: le réfrigérateur, le lave-vaisselle, la machine à café, le bloc évier et l'armoire murale pour la vaisselle et la verrerie. Chaque bien ne peut bénéficier d'une aide qu'une seule fois par période de sept ans.

Les frais d'acquisition d'immeubles, les frais relatifs à l'aménagement des alentours tels qu'un parking ou une terrasse, ainsi que les frais de personnel et de fonctionnement ne sont pas éligibles.

Les infrastructures créées doivent respecter l'authenticité locale par le choix et la provenance des matériaux.

(2) Concernant le raccordement des bâtisses réaffectées au réseau collectif, les frais de la conduite d'eau et de la canalisation sont éligibles sur une longueur maximale de 10 mètres.

Concernant l'aménagement et la revalorisation des espaces publics construits et des ensembles villageois, les investissements éligibles sont ceux relatifs à l'aménagement ainsi qu'aux matériaux en surface. A l'exception des raccordements pour l'évacuation des eaux de surface au réseau collectif, les investissements en infrastructures souterraines sont exclus du régime d'aides.

Chapitre 7 - Conservation et mise en valeur du patrimoine culturel et naturel des villages

Art. 22. (1) Les investissements susceptibles de bénéficier du régime d'aides prévu à l'article 63 de la loi précitée du 27 juin 2016 portent sur :

- la végétalisation d'espaces publics par des essences locales
- la valorisation, la protection, la gestion des sites naturels et des structures secondaires du tissu villageois, tels que la maçonnerie sèche, les chemins creux, les chenaux, les biefs et les étangs d'irrigation

- la sauvegarde, la restauration et la revalorisation des zones et structures de transition entre les espaces bâtis et les espaces naturels, tels que les bosquets, vergers, haies, pelouses, cours d'eau et étangs

- l'aménagement et la revalorisation des espaces publics construits ainsi que des ensembles villageois, tels que les espaces-rue, places et parcs, accotements et usoirs, liaisons piétonnières ou cyclables à l'intérieur des localités ou reliant deux ou plusieurs localités entre elles, les aires de jeux et les infrastructures de rencontre, de loisirs et de détente

- la conservation et la revalorisation de bâtisses existantes, de monuments et/ou du patrimoine pauvre.

(2) Les infrastructures créées doivent respecter l'authenticité locale par le choix et la provenance des matériaux.

(3) Concernant les investissements ayant pour objet la valorisation et la gestion intégrée des ressources et des milieux naturels, les porteurs de projets peuvent bénéficier du régime d'aides, à condition qu'ils présentent un modèle de gestion intégrée pluriannuel. Les travaux d'entretien ne sont pas éligibles.

Art. 23. (1) L'investissement éligible est plafonné à 2.000 euros par mètre carré de surface utile créée.

La surface d'affectation principale éligible est limitée à 200 mètres carrés pour les centres de rencontres multifonctionnels.

La surface éligible des locaux secondaires ne peut pas dépasser 40 pour cent des surfaces d'affectation principale. Constituent des locaux secondaires : l'entrée, l'accueil, le vestiaire, la cuisine, le local de stockage, les installations sanitaires et les locaux techniques.

Le coût éligible pour l'équipement de la cuisine est plafonné à 6.000 euros. Sont éligibles les biens suivants: réfrigérateur, lave-vaisselle, machine à café, bloc évier et armoire murale pour vaisselle et verrerie. Chaque bien ne peut bénéficier d'une aide qu'une seule fois par période de sept ans.

Les frais d'acquisition d'immeubles, les frais relatifs à l'aménagement des alentours tels qu'un parking ou une terrasse, ainsi que les frais de personnel et de fonctionnement ne sont pas éligibles.

(2) Concernant le raccordement des bâtisses réaffectées au réseau collectif, les frais de la conduite d'eau et de la canalisation sont éligibles sur une longueur maximale de 10 mètres.

Concernant l'aménagement et la revalorisation des espaces publics construits et des ensembles villageois, les investissements éligibles sont ceux relatifs à l'aménagement ainsi qu'aux matériaux en surface. A l'exception des raccordements pour l'évacuation des eaux de surface au réseau collectif, les investissements en infrastructures souterraines sont exclus du régime d'aides.

Art. 24. Pour les investissements réalisés ou entamés entre le 1^{er} janvier 2014 et la date d'entrée en vigueur du présent règlement grand-ducal, et par dérogation à l'article 2, alinéa 1^{er}, la condition relative à la présentation d'une demande préalable n'est pas applicable.

Art. 25. Le règlement grand-ducal modifié du 25 avril 2008 relatif aux régimes d'aides prévus au Titre III de la loi du 18 avril 2008 concernant le renouvellement du soutien au développement rural est abrogé.

Art. 26. Notre Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et de la Protection des consommateurs est chargé de l'exécution du présent règlement qui sera publié au Mémorial.

Le Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et de la Protection des consommateurs,
Fernand Etgen

Cabasson, le 23 juillet 2016
Henri

KONTAKT

MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, WEINBAU UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Abteilung "Ländliche Entwicklung"

Adresse:

Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture
et de la Protection des consommateurs

1, rue de la Congrégation
L-1352 Luxembourg

Postanschrift:

L-2913 Luxembourg

Fax: 46 40 27 (Ministerium)

46 74 53 (Abteilung "Ländliche Entwicklung")

info@ma.public.lu

www.ma.public.lu

KOORDINATION "LÄNDLICHE ENTWICKLUNG"

André LOOS	Tel. 247-82530	andre.loos@ma.etat.lu
-------------------	----------------	--

FÖRDERMAßNAHMEN ZUR NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG DER LÄNDLICHEN RÄUME

Entwicklungsschwerpunkt: Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung
der ländlichen Wirtschaft

Arno FRISING	Tel. 247-82598	arno.frasing@ma.etat.lu
---------------------	----------------	--

Sylvie KINSCH	Tel. 247-83511	sylvie.kinsch@ma.etat.lu
----------------------	----------------	--

Mireille MIKOLAJCZYK	Tel. 247-82515	mireille.mikolajczyk@ma.etat.lu
-----------------------------	----------------	--

Catherine SCHEIDWEILER	Tel. 247-82520	catherine.scheidweiler@ma.etat.lu
-------------------------------	----------------	--

Christiane SCHODER	Tel. 247-82511	christiane.schoder@ma.etat.lu
---------------------------	----------------	--

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPLANUNG: PDC-PLANS DE DÉVELOPPEMENT COMMUNAUX

Arno FRISING	Tel. 247-82598	arno.frasing@ma.etat.lu
---------------------	----------------	--

Mireille MIKOLAJCZYK	Tel. 247-82515	mireille.mikolajczyk@ma.etat.lu
-----------------------------	----------------	--

LEADER

Françoise BONERT	Tel. 247-82533	francoise.bonert@ma.etat.lu
Tom URLINGS	Tel. 247-83532	tom.urlings@ma.etat.lu

www.leader.lu

FÖRDERMAßNAHMEN ZUR NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG DER LÄNDLICHEN RÄUME

Entwicklungsschwerpunkt: Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft

Beratung und Begleitung der Projekte durch die 2 Regionalstellen der "Administration des Services Techniques de l'Agriculture" (ASTA)

ASTA-Regionalstelle Diekirch

8, route d'Ettelbruck
L-9230 Diekirch

Marc WEYDERT

Tel: 80 33 93 22
marc.weydert@asta.etat.lu

ASTA-Regionalstelle Grevenmacher

40, rue de l'Église
L-6720 Grevenmacher

Yves MERSCH

Tel: 75 01 90 33
yves.mersch@asta.etat.lu

IMPRESSUM

Herausgeber:

Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture
et de la Protection des consommateurs
1, rue de la Congrégation
L-1352 Luxembourg
www.ma.public.lu

Bearbeitung und Redaktion:

Arno FRISING

Gestaltung und Layout:

plan K advertising

Fotomaterial:

ASTA-Diekirch, ASTA-Grevenmacher,
Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture et de la Protection des consommateurs
NATURPARK-OUR, Raymond CLEMENT, Joëlle MATHIAS, Pierre HAAS
ZEYEN&BAUMANN, CO₃

Druck:

Imprimerie Centrale, August 2016

Auflage:

2.000 Stück



**MINISTÈRE DE L'AGRICULTURE, DE LA VITICULTURE
ET DE LA PROTECTION DES CONSOMMATEURS**

1, rue de la Congrégation | L-1352 Luxembourg
info@ma.public.lu | www.ma.public.lu